



Wie viel Polizei kann das Land sich leisten?

Von Wolfgang Kircher, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender

Wenn ihr diese Zeilen lest, sind die Koalitionsvereinbarungen zwischen den Grünen und der CDU in trockenen Tüchern und die neue Landesregierung hat sich konstituiert.

Beim Entstehen dieser Zeilen waren die Koalitionsverhandlungen, wie die Politik meinte, auf der Zielgeraden und die letzten strittigen Punkte wurden verhandelt. Da war dann in den Medien zu lesen und zu hören, dass die „Koalitionäre ein Sparpaket planen“ und die „Beamten in die Pflicht“ nehmen wollen. Da soll es Überlegungen geben, die Beamtinnen und Beamten von den Tarifiergebnissen abzukoppeln und die Besoldungserhöhungen bei einem Prozent plus zu deckeln. Es wurde überlegt, ob frei werdende Stellen nicht wieder besetzt werden sollen. Auch über die Kürzung der Pensionen wurde nachgedacht. Oder ob die von der CDU im Wahlkampf geforderte Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung doch nicht zurückgenommen wird.

Im Prinzip hätte ich da meine Zeitung abbestellen oder mein Radio abschalten können.

Nichts Neues!

Wobei mich allein die Äußerung, wie viel Polizei sich das Land leisten kann, schon provoziert, weil alleine schon bei solchen Überlegungen nachgefragt werden muss.

Wie viel Kriminalität kann sich das Land leisten?

Und kann sich das Land leisten, dass die Polizistinnen und Polizisten in Baden-Württemberg tatsächlich immer weniger werden. Da wird das ganz kleine Pflänzchen „Hoffnung“, nachdem alle Parteien im Landtagswahlkampf mehr Einstellungen bei der Polizei gefordert haben, doch schon wieder zertrampelt. Und als ob wir es geahnt hätten, werden die gleichen Fehler der Vergangenheit wieder gemacht. Politik



braucht offensichtlich nichts lernen und Erfahrungen oder Meinungen von Menschen, die wissen, wovon sie reden, verhalten im Nirvana. Da setzen sich hochdotierte Polizeipräsidenten zusammen und beraten eine Einstellungsoffensive und die Politik schafft dann die Voraussetzungen, dass auch dieses Pflänzchen „Hoffnung“ ganz schnell verdorrt. Wenn wir in der öffentlichen Verwaltung schon immer auf die freie Wirtschaft schielen und auch so sein wollen, dann sollten wir nicht nur das übernehmen, was bei uns ohnehin nicht funktioniert, weil Kriminalität sich nicht an Betriebswirtschaftlichkeit orientiert und wir auch durch das Produzieren von „Zahlen“ nur Statistiken verändern.

Wir sollten vielleicht auch darauf schauen, was in der freien Wirtschaft getan wird, wenn für eine Branche nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber vorhanden sind. Da wird Attraktivität geschaffen, dass sich der Schul- oder Studienabgänger schon überlegt, wo er zukünftig arbeiten will und wofür er lange Wege in Kauf nimmt. Da wird teilweise richtig Geld in die Hand genommen. Es ist wohl jedem Normaldenker klar, dass der öffentliche Dienst da jetzt schon den Kürzeren gezogen hat.

Und die Polizei erst recht

Während sich in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes die „Besserbezahlten“ überwiegend im

gehobenen oder höheren Dienst bewegen, stellt die Polizei den überwiegenden Teil der Kolleginnen und Kollegen des gesamten öffentlichen Dienstes im mittleren Dienst. Wer mir nicht glaubt, sollte die Zahlen des Statistischen Landesamtes anschauen, die sind wohl über alle „gewerkschaftlichen Übertreibungen“, die uns immer wieder vorgeworfen werden, erhaben.

Leider hat sich meine Eingangs gestellte Frage, wie wir denn nun genügend Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeiberuf finden können, auch in dem am 2. 5. veröffentlichte Koalitionsvertrag nicht gelöst.

So will die neue Regierungskoalition 1500 zusätzliche Stellen schaffen (Anm. die von einer der beiden Koalitionsparteien während ihrer Regierungszeit abgebaut wurden). Weiter ist zu lesen: „Der mittlere Dienst bleibt erhalten, um einen Korridor für Bewerberinnen und Bewerber mit mittlerem Bildungsabschluss oder handwerklicher Vorbildung zu schaffen.“ Und das im Wissen, dass Tausende der Bewerberinnen und Bewerber in der Vergangenheit auch schon die Fachhochschulreife und das Abitur hatten und deshalb im mittleren Dienst bleiben müssen, weil nicht genügend Aufstiegsmöglichkeiten vorhanden sind. Unbestätigt aber vorstellbar soll von der anderen Koalitionspartei auch geäußert worden sein, warum man denn so viele Stellen bei der Polizei schaffen soll, wo es doch ohnehin nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber geben würde.

Leider hat die verantwortliche Politik wohl aus dem Wahlergebnis nichts gelernt und es wohl vor lauter regieren wollen auch schon wieder verdrängt. Es wundert mich deshalb nicht, dass die Menschen entweder nicht mehr zum Wählen gehen oder aber Populisten wählen, die zwar auch alles versprechen, aber Ängste schüren und Lösungen anbieten, die eigentlich keiner will.

**Euer
Wolfgang Kircher**



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr mich auch unter der Telefonnr. 0 15 25/3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe 2016 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 3. Juni 2016. Für die August-Ausgabe 2016 ist er am Freitag, dem 1. Juli 2016.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Word-Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden.

Wolfgang Kircher

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Die TOP TEN der GdP-Forderungen

Zweigeteilte Laufbahn

Die GdP steht nach wie vor für eine echte zweigeteilte Laufbahn, denn nur so bleibt die Polizei zukunftsfähig. Es bedarf eines klaren Datums, ab wann nur noch in den gehobenen Dienst eingestellt wird. Realschüler/-innen sollen in einem Sonderprogramm eine echte Chance erhalten, den Polizeiberuf im gehobenen Dienst zu ergreifen.

Aufstieg in gehobenen Dienst

Die GdP fordert Perspektiven für Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst. Wir brauchen Aufstiegsprogramme in die gerechte Bewertung für den Polizeidienst. Keine weiteren Pensionierungen in A 9.

Polizeifachangestellte

Die GdP fordert die Schaffung eines zukunftsfähigen Berufsbildes der/des Polizeifachangestellten. Nur so können die Niedriglohngruppen auf Dauer vermieden werden.

Bessere Eingruppierungen im Tarifbereich

Die GdP fordert Fortbildungsmaßnahmen, damit bereits bei der Polizei beschäftigte Angestellte eine höhere Eingruppierung erfahren können.

Bessere Aufstiegschancen in der Verwaltung

Die GdP fordert für die Beamten und Beamten in der Verwaltung eine echte Aufstiegsinitiative, um die Zukunftsperspektive zu garantieren.

Arbeitszeit

Die GdP fordert: endlich Hände weg von Arbeitszeitmodellen, die ausschließlich die Personalknappheit kaschieren sollen.

Faktorisierung der Nachtdienstzeiten – DUZ/LOD – Erschwerniszulage

Die GdP fordert eine klare und deutliche Faktorisierung der Nachtdienstzeiten, um die Belastung durch die gesundheitsschädlichen Nachtarbeitszeiten zu reduzieren.

Zudem fordert die GdP eine deutliche Erhöhung von DUZ und LOD auf mindestens 10 € pro Stunde und die Erhöhung der Erschwerniszulagen auf Bundesniveau.

Familiengerechte und kinderfreundliche Arbeitszeiten

Die GdP fordert die Schaffung von familiengerechten und kinderfreundlichen Arbeitszeiten; des Weiteren fordert die GdP die Schaffung von Kindergartenplätzen für Polizeibeschäftigte, orientiert an den polizeitypischen Arbeitszeiten.

Keine weiteren Einschnitte in die Beihilfe/Heilfürsorge

Die GdP fordert ein STOPP der ständigen schleichenden Absenkung der Beihilfe bzw. Heilfürsorge.

Erhöhung der Einstellungszahlen

Die GdP fordert eine deutliche Erhöhung der Einstellungszahlen; des Weiteren müssen freigewordene Ausbildungsplätze nachbesetzt werden.



**Gut,
dass es sie gibt.**

Gewerkschaft der Polizei



NACH DER WAHL VERSPRECHEN UMSETZEN

Stärkung des Streifendienstes

Vor der Wahl haben ja alle Parteien Neustellen für die Polizei versprochen. Nun gilt es, dieses Versprechen auch umzusetzen. Neustellen bedeutet natürlich mehr Stellen als nur den Ersatz für die Pensionierungen, ich denke das sollte jedem klar sein, nachdem in der Vergangenheit Stellen abgebaut wurden, die uns heute dringend fehlen. Diese Neustellen müssen dann verstärkt bei den Polizeireviere zum Einsatz kommen.

Beginnen kann man jetzt schon mit den Kolleginnen und Kollegen, die ihre Ausbildung in diesem Jahr und den folgenden abschließen.

Nun müssen in erster Linie die Streifendienste verstärkt werden. Denn dort ist überall Land unter. Die Aufgaben haben zugenommen und das bei immer älterem Personal. Dadurch und auch durch viele Abordnungen wird das Personal nicht mehr, sondern immer weniger.

Die Polizeireviere, also die Streifendienste, die Bezirks- und Ermittlungsdienste und die Polizeiposten, sind die Polizei, die der Bürger wahrnimmt, wenn er die Polizei braucht.

Wir dürfen jetzt nicht in die alte und immer gleiche Verfahrensweise verfallen, es müssen alle etwas vom Kuchen bekommen und am Schluss schauen die Kolleginnen und Kollegen in die Röhre, die die sogenannte Kernerarbeit leisten und nicht umsonst als die Feuerwehr der Polizei bezeichnet werden. Wir wollen Präsenz zur Vorbeugung vor Einbruch, Sachbeschädigung und Übergriffen jeglicher Art?

Dann muss auch dort Personal hin, wo diese Aufgaben geleistet werden sollen.

Der Streifendienst ist selbst bei der internen Fortbildung Zielgruppe 1. Geht es aber um die Bewertung und das Abholen der Lorbeeren, ist der Streifendienst leider nicht mehr Erster.

Die Verdienste streichen dann leider oftmals andere ein.

Die Streifendienste müssten attraktiver gestaltet werden, denn nur so bekommt man junge Kolleginnen und Kollegen in die Streifendienste, die dort dann auch länger bleiben wollen.

Zurzeit scheint es aber eher so, dass man jedem jungen Kollegen nur raten kann, möglichst schnell den Streifendienst wieder zu verlassen, wenn er für seine Karriere etwas tun möchte.

Eine Vergütung (LOD) für Wochenend-, Nacht- und Feiertagsarbeit in lächerlichen Höhen, eine Wochenarbeitszeit, die ausschließlich dazu dient, auf den Revieren eine Verfügungsmasse zu haben, und eine bevorstehende Dienstpostenbewertung, die nichts Gutes ahnen lässt, sind die Realität.

Dies hat mit Attraktivität nichts zu tun.

Unsere Aus- und Fortbildung, insbesondere auch für die Polizei im Alltagsdienst, liegt längst am Boden.

Die ständig steigenden Anforderungen aus der Vielfalt des Aufgabenfeldes des Streifendienstes und aus den besonderen Gefahrenlagen, wie z.B. täglich regelmäßige unklar ausgehende Soforteinsätze, nächtliche Kontrollen, Kontrollen mit terroristischem Hintergrund oder Amoklagen, um nur einige Beispiele zu nennen, erfordern neben einer ständigen theoretischen Fortbildung ein ständiges, nachhaltiges Einsatztraining und sportliche Fitness. Doch dazu fehlt uns das Personal und somit die Zeit und – was man nicht verkennen darf – die Einsicht.

Wir werden immer wieder in unterschiedliche Gruppen unter- und nach Wichtigkeit eingeteilt. Wir haben und brauchen Spezialisten, das ist unumstritten, aber wir haben und brauchen auch die Generalisten, die wissen, was zu tun ist und alles entsprechend vorbereiten.

Nur ein kleiner Hinweis sei gestattet: Die Kollegen, die in Paris ums Leben kamen und den ersten Angriff gefahren haben, waren ganz „normale“ Kollegen aus dem Streifendienst.

Wer die Basis der Polizeiarbeit weiterhin so behandelt wie in den letzten zwanzig Jahren, der schwächt die Polizei. Polizeiarbeit für den Bürger findet nicht nur am Schreibtisch statt, sondern zuerst im Streifenwagen.

Euer Rüdiger Seidenspinner

AUS DER MITGLIEDER- VERWALTUNG

Eintritt in den Ruhestand

Liebe GdP-Mitglieder, teilt bitte der GdP-Geschäftsstelle mit, wenn ihr in Ruhestand bzw. Rente geht, da wir nicht wissen, ob ihr regulär geht oder eure Dienstzeit verlängert. Ebenso bitten wir um Mitteilung, wenn ihr vorzeitig eure Dienstzeit beendet.

Eine kurze Mail oder Fax mit Datum des Beginns des Ruhestandes/der Rente genügt.

Sendet diese bitte per E-Mail an: angelika.burckhardt@gdp-bw.de oder

per Fax an 0 70 42/8 79-1 02 07 oder

per Post an Gewerkschaft der Polizei – Mitgliederverwaltung – Maybachstr. 2, 71735 Eberdingen.

Bu

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR:

Kriminaloberkommissarin

Landeskriminalamt: Mareike Wolter.

Polizeikommissar/-in

PP Aalen: Markus Rost, Nicole Rieck.

PP Konstanz: Andreas Riedl.

PP Tuttlingen: Frank Strohm.

Es traten in den Ruhestand:

PP Einsatz: Berthold Schulz.

PP Stuttgart: Elmar Hinder.

**Zusammengestellt
v. A. Burckhardt**



Zeit für mehr Solidarität

Am 1. Mai, am Tag der Arbeit, fanden in vielen Städten in Baden-Württemberg Kundgebungen und Demonstrationen des DGB statt, an denen auch die GdP teilgenommen hat. So war der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner Redner in Karlsruhe, sein Stellvertreter Wolfgang Kircher hat an der Kundgebung in Sindelfingen teilgenommen.

Nachfolgend die Rede von Rüdiger Seidenspinner in Auszügen. Es gilt das gesprochene Wort.

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir feiern heute den 1. Mai als unseren Tag der Arbeit. Wir lassen diesen Tag auch nicht wieder von anderen für ihre Zwecke missbrauchen. Unter dem Motto ‚Mehr Zeit für Solidarität‘ demonstrieren wir heute bundesweit für die Rechte der arbeitenden Menschen, unsere Rechte.

Ich möchte einige Themen, die uns als Gewerkschaft beschäftigten, ansprechen. Es wird nicht möglich sein, alle Themen anzusprechen, aber ich versuche den Fächer weit zu spannen.

Mindestlohn

Im letzten Jahr haben wir viel erreicht.

Der Mindestlohn war der wichtigste Erfolg für den DGB und seine Gewerkschaften, für uns alle! Sage und schreibe 3,7 Millionen Menschen profitieren inzwischen davon!

Darunter ganz besonders Frauen, Ungelernte und Beschäftigte in der Dienstleistung. In Ostdeutschland sind die Löhne seit der Einführung des Mindestlohns um mehr als acht Prozent gestiegen! 8,50 Euro sind die unterste Grenze des Anstands. Für weniger sollte kein Mensch hart arbeiten müssen. Deshalb werden wir keine zusätzlichen Ausnahmen zulassen!

Aktuelle

Tarifaueinandersetzungen

Die Tarifrunde 2016 ist in vollem Gange. Insgesamt laufen in diesem Jahr Tarifverträge für rund zwölf Millionen Beschäftigte aus. Die Forderungen einiger Branchen, wie Metall und Elektro, öffentlicher Dienst oder Chemie, liegen bereits auf dem Tisch.

Die Arbeitgeber haben Folgendes geboten: Metall 0,9 Prozent für zwölf Monate, öffentlicher Dienst drei Prozent für zwei Jahre.

Wir sagen:

Das sind keine Angebote, das sind Provokationen!

und Ihnen 1 Prozent Besoldungserhöhung anzubieten, werden wir uns mit allen unseren zur Verfügung stehenden Mitteln wehren. Ich weiß nicht, ob es für den Pilotversuch Grün/Schwarz ein guter Einstieg wäre, wenn in Stuttgart dann die Betroffenen und meine



Demonstrationszug in Karlsruhe in der Beierheimer Allee.

Die Beschäftigten brauchen eine ordentliche Steigerung ihrer Löhne. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit, aber auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben mit ihrer Arbeitskraft dazu beigetragen, dass die Produktivität der Unternehmen gestiegen ist. Gute Löhne stärken die Konjunktur und kurbeln die Binnenwirtschaft an.

Die Unternehmen können sich gute Löhne leisten, denn die Wirtschaft ist und bleibt stabil. Außerdem können wir mit guten Löhnen Fachkräfte halten.

Das Gleiche gilt für den öffentlichen Dienst

Wer gute öffentliche Leistungen will, muss sich gut bezahlte Beschäftigte leisten. Wir benötigen im öffentlichen Dienst mehr Personal, mehr Weiterbildung und mehr gute Arbeit. Das heißt: Es muss Schluss sein mit den sachgrundlosen Befristungen. Die Altersversorgung muss gesichert werden, ebenso wie die Qualität der Ausbildung.

Die Ausgebildeten müssen übernommen werden, denn sie sind unsere Zukunft.

Und gegen die Pläne der Landesregierung, die Beamtinnen und Beamten von den Tarifergebnissen abzukoppeln

Kolleginnen und Kollegen eingeschlossen, selbstverständlich in ihrer Arbeitskleidung auf die Straße gehen.

Flüchtlinge

Kolleginnen und Kollegen, im Moment beschäftigt uns alle ein Thema besonders:

Wie gehen wir mit den vielen Geflüchteten um, die vor Krieg, Gewalt, Hunger und Not bei uns Zuflucht suchen?

Heftige Debatten werden darüber geführt. Denen müssen wir uns stellen. Wenn es Schwierigkeiten und Probleme gibt, müssen wir darüber sprechen und Lösungen suchen. Unterschiedliche Standpunkte müssen gehört werden. Aber die Basis aller Diskussionen sind unsere demokratische Grundordnung und das Grundrecht auf Asyl!

Was deshalb gar nicht geht, sind die von Rechts geschürten Angriffe auf Unterkünfte. Mehr als 1000 solcher Anschläge gab es im letzten Jahr – das Fünffache des Vorjahres! Was genauso überhaupt nicht geht, ist Gewalt gegen Menschen. Ob gegen Geflüchtete, Helferinnen und Helfer, Einsatzkräfte oder Journalistinnen und Journalisten. Was auch nicht geht, ist das Schüren von Hysterie und das gezielte Aufwiegeln.



1. MAI

Um es ganz klar zu sagen: Wir lassen unser Land nicht von einer Minderheit aus der rechten Ecke spalten.

Wir werden den Rassisten zeigen, dass sie nicht das Volk sind!

Auf den Straßen, auf den Plätzen, in der Öffentlichkeit!

Wir sagen selbstbewusst: ‚WIR sind die Mehrheit in Deutschland!‘ Wir lehnen Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete ab! Die Gewerkschaften haben zu den ersten Opfern der Nazis gehört. Auch deshalb engagieren wir uns mit allen Kräften gegen Rechts. Viele von euch beteiligen sich daran. Ich Danke euch dafür.

Eine Auseinandersetzung mit den Parteifunktionären hätten wir uns gerne erspart – wegen ihrer teilweise sehr aggressiven Rhetorik, der immer wieder erkennbaren Nähe zur NPD, ihrer Hetze gegen Geflüchtete und Migranten, ihrem rückwärtsgewandten Frauen- und Familienbild, ihren verqueren Vorstellungen von einem Sozialstaat, ihrem Gerede von der sogenannten ‚Volksgemeinschaft‘, von der ‚deutschen Leitkultur‘ – und einigem mehr.

Aber wir werden selbstverständlich sehr genau im Blick behalten, wie die AfD-Fraktion im Landtag arbeitet und wie die Abgeordneten in ihren

kultur ablehnen. Andere zeigen sich enttäuscht von den etablierten Parteien und ‚denen da oben‘. Auffällig ist auch, dass die AfD bei Männern im jüngeren und mittleren Alter gut ankommt. Frauen sind dagegen eher immun gegenüber den AfD-Parolen – zum Glück! Sie sehen, dass die AfD sie zurück an Heim und Herd drängen will. Die zentrale Frage ist; sind von der AfD irgendwelche Lösungen für die gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Probleme zu erwarten? Da ist allergrößte Skepsis angebracht.

Ihre Führung hängt ihr Mäntelchen nach dem Wind. Erst bezeichnet Parteichefin Petry die Einführung des Mindestlohns als ‚Jobkiller-Gesetz‘. Dann heißt es im Entwurf des Parteiprogramms, der Mindestlohn sei positiv zu bewerten, weil er Niedriglohneempfängern nütze und verhindere, dass Menschen im Alter auf Sozialleistungen angewiesen seien. Ja, was gilt nun wirklich? Im Übrigen stimmt es gar nicht, dass der Mindestlohn in seiner jetzigen Höhe für eine eigenständige Rente reicht!

Auch der Programmwurf ist an vielen Stellen widersprüchlich. An der einen Stelle heißt es: ‚ein schlanker Staat ist ein guter Staat‘, möglichst viele staatliche Leistungen sollten von Privaten erbracht werden. An anderer Stelle ist davon die Rede, Familien und Alleinerziehende stärker zu fördern, etwa mit Wohnungskrediten. Das passt alles nicht zusammen, weil die Partei ein Sammelbecken von enttäuschten Liberalen, Eurokritikern, Antifeministen, Islamkritikern, Nationalisten mit rassistischen Tendenzen und anderen ist.

Wie andere rechte Parteien auch, hat die AfD plötzlich ihr Herz für Geringverdiener entdeckt. Doch glaube doch niemand, dass es ihr im Kern um soziale Gerechtigkeit geht. Wer damit geliebäugelt hat, die Arbeitslosenversicherung zu privatisieren und Alleinerziehende an den Pranger stellt, ist als Anwalt der kleinen Leute unglaublich!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns die AfD mit guten Argumenten stellen! Lasst uns über die Angebote reden, die die Gewerkschaften machen! Lasst uns die Rechtspopulisten gemeinsam entzaubern!

Gute Arbeit der Zukunft

Weltweit verändern die neuen digitalen Technologien rasant unsere Ar-



Demonstrationszug in Sindelfingen Mitte, rechts der stellv. GEW-Landesvorsitzende Rainer Futterer, links daneben Wolfgang Kircher, stellv. GdP-Landesvorsitzender. Foto: Jürgen Grahl

Andererseits müssen wir aber auch die Ängste ernst nehmen und sachlich damit umgehen. Da helfen keine Parolen und keine dummen und falschen Aussagen, sondern die Wahrheit. Zu der gehört, dass sich nur ein geringer Teil der Geflüchteten nicht an unsere Spielregeln hält und wir die klar einschränken müssen. Aber bitte, alles ohne Polemik, ruhig, sachlich und lösungsorientiert – so müssen wir die Fragen angehen, Fensterreden helfen nichts. Wir wollen eine demokratische, freie, soziale und gerechte Gesellschaft. Rechtspopulismus, Nationalismus und Rechtsextremismus dürfen in Deutschland keinen Platz haben!

AfD/Gewerkschaften

Die sogenannte Alternative für Deutschland hält ausgerechnet an diesem Wochenende in Stuttgart ihren Bundesparteitag ab. Das werten wir als Provokation. Der 1. Mai ist unser Tag! Heute geht es um unsere Ziele und Werte – und um die Tradition der Arbeiterbewegung!

Wahlkreisen auftreten. Geht es um verantwortungsbewusste politische Arbeit oder ums Phrasen dreschen und Agitieren? Die bisherigen Erfahrungen legen letzteres nahe. Wir haben im Landtagswahlkampf klare Kante gegen die AfD-Funktionärinnen und Funktionäre gezeigt. Das war absolut notwendig. Ich erinnere nur daran, dass die Bundesvorsitzende Petry für den Gebrauch von Schusswaffen an den Grenzen plädiert hat und ihre Parteifreundin von Storch auch auf Frauen und Kinder schießen lassen wollte.

Hier wurde bewusst die Rechtslage verdreht, denn die gestattet den Schusswaffengebrauch auf Menschen die ‚wegflüchten‘ und nicht zu uns flüchten. Das ist menschenverachtend.

Wir sollten aber unterscheiden zwischen den Funktionären dieser Partei und ihren Wählerinnen und Wählern. Die allermeisten haben die AfD nicht wegen ihres Programms gewählt, sondern weil sie Deutschland mit dem starken Zuzug von Geflüchteten überfordert sehen und die Willkommens-



1. MAI

beit. Wir wollen, dass die Chancen, die darin stecken, auch bei den Beschäftigten ankommen.

Wir, der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften, wollen die Arbeit der Zukunft gestalten. Nicht alles, was technisch machbar ist, ist auch wünschenswert. Deshalb wollen wir klare Regeln: für Erreichbarkeit und Flexibilität. Ohne gläserne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und ohne Lohndumping durch digitales Outsourcing.

Auch der Arbeitsschutz muss dafür dringend modernisiert werden. Wir werden regelmäßig daran erinnert, dass Arbeitsschutz alles andere als ein Bürokratiemonster ist, wie manche Arbeitgeber meinen.

Im Gegenteil: Das Thema ist aktueller denn je.

Angesichts des zunehmenden Leistungsdrucks, der Arbeitsverdichtung und der wachsenden psychischen Belastungen unter den Bedingungen digitalen Arbeitens.

Was wir mehr denn je brauchen, ist eine umfassende Anti-Stress-Politik.

Mitbestimmung

Kolleginnen und Kollegen, gute Arbeit 4.0 geht nur mit mehr und nicht mit weniger Mitbestimmung 4.0. In diesem Jahr feiern wir 40 Jahre Mitbestimmungsgesetz. Die deutsche Mitbestimmung ist ein Erfolgsmodell.

Mit der Offensive Mitbestimmung wollen wir die Bundestagswahlen 2017 nutzen, um den jahrzehntelangen mitbestimmungspolitischen Stillstand in unserem Land zu überwinden. Und damit fangen wir bei der Betriebsratswahl 2016 an!

Betriebsratswahlen werden immer öfter verhindert und Betriebsräte in ihrer Arbeit behindert. Das ist kein Kavaliersdelikt – das ist Gesetzesbruch. Wir stemmen uns dem entgegen. Wer kriminell handelt, muss auch bestraft werden!

Wir fordern mehr Rechte für Betriebs- und Personalräte sowie für Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

Die Mitbestimmung muss gestärkt und weiterentwickelt werden! Es ist Zeit für mehr Solidarität und mehr Mitbestimmung! Dafür gehen wir in die Offensive.

Ich warne auch die zukünftige Landesregierung aus Grün/Schwarz am Landespersonalvertretungsrecht, dem Betriebsverfassungsgesetz Hand anzulegen. Den Sturm, den sich da-

mit lostreten, werden sie nicht mehr in den Griff bekommen.

Teilzeitanpruch verwirklichen

Fast jede zweite Frau in Deutschland arbeitet in Teilzeit.

Das Problem: Viele machen das nicht freiwillig. Die meisten Beschäftigten haben keine Chance, über ihre Arbeitszeiten mitzubestimmen. Und bis heute gilt: einmal Teilzeit – immer Teilzeit. Damit die Teilzeitfalle ein Ende hat, brauchen wir neue Rechte. Wir fordern deshalb die Bundesregierung dazu auf zu handeln.

Es ist höchste Zeit, dass sie den Koalitionsvertrag erfüllt:

Wir wollen endlich einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit und das Recht auf Aufstockung!

Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern

In keinem anderen Land ist die Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen so groß wie in Deutschland. Wenn zwei das Gleiche arbeiten müssen, sie auch den gleichen Lohn erhalten; alles andere ist nicht nur eine Sauerei, sondern verstößt gegen unser Grundgesetz.

Für einen handlungsfähigen Staat

Seit vielen Jahren wird in Deutschland an falschen Stellen gespart. An Lehrern, an Kitas, an Polizisten, bei den Arbeitslosen, am Wohnungsbau, an Schulgebäuden und Straßen, am Breitbandnetz, an der Energiewende, und, und, und ...

Alleine die Kommunen haben einen Investitionsstau von 132 Milliarden Euro. Schon für die Straßen brauchen wir in den nächsten zehn bis 15 Jahren jährlich sieben Milliarden. Jetzt, wo so viele Menschen neu zu uns kommen, werden die Finanzlöcher unübersehbar. Geld ist reichlich vorhanden. Es ist nur woanders. Bei den Vermögenden und Superreichen. Dass ein Prozent der Deutschen ein Drittel des gesamten

Vermögens aller Deutschen besitzt ist Tatsache, genau wie dass zehn Prozent mehr als zwei Drittel haben.

Wir sagen: Starke Schultern müssen endlich wieder mehr tragen: Durch hö-



Rüdiger Seidenspinner bei seiner Rede in Karlsruhe.

here Steuern bei Spitzeneinkommen, großen Erbschaften und Kapitalerträgen. Große Vermögen müssen wieder ordentlich besteuert werden. So finanzieren wir Investitionen und können zugleich Staatsschulden abbauen.

Für den öffentlichen Dienst heißt das: Die Personalausstattung muss sich an den tatsächlichen Aufgaben der öffentlichen Hand orientieren.

Die derzeitige Personallücke in Bund, Ländern und Kommunen führt jetzt schon vielfach dazu, dass die Aufgaben nur noch unzureichend wahrgenommen werden können.

Hier brauchen wir eine deutliche Personalaufstockung!

Der Staat muss finanziell wieder handlungsfähig werden!

Nach den Attentaten in Paris und Brüssel wurden zahlreiche Politiker aufgeweckt. Es wurden zusätzliche Stellen im Wahlkampf versprochen und nun steht alles unter Finanzvorbehalt. Wie sollen denn meine Kolleginnen und Kollegen das meistern? Die Polizei des Landes Baden-Württemberg hat im operativen Bereich 1,3 Millionen Überstunden. Was braucht es noch, bis man kaputt ist, dass es so nicht weitergehen kann?"



JUNGE GRUPPE

Vorbereitungsseminar für die Jugendfreizeit unter dem Motto „Welcome to the jungle“ vom 30. 7. bis 6. 8. 2016

Und wieder ist es soweit: die 23. Kinder- und Jugendfreizeit der JUNGEN GRUPPE der GdP Baden-Württemberg steht bevor und die Planung läuft auf Hochtouren!

Hierzu trafen sich vom 12. bis 14. 4. 2016 die 20 Betreuerinnen und Betreuer sowie das vierköpfige Organisationssteam in der Nähe von Eberdingen, um die Freizeit sowie das komplette Programm rund um das Thema „Welcome to the jungle“ zu planen. Neben spannenden Ausflügen warten sportliche Wettkämpfe sowie kreative Aktivitäten auf die 130 Kinder und Jugendlichen zwischen 7 und 14 Jahren.

Die Kinder- und Jugendfreizeit findet vom 30. 7. bis 6. 8. 2016 in Markelfingen am Bodensee statt. Bereits zu Beginn des Jahres konnten viele Anmeldungen verzeichnet werden. Die Anmeldeunterlagen für die verbliebenen Plätze können bei der GdP Service GmbH BW unter info@gdp-bw.de angefordert werden.



Wir freuen uns auf eine wunderschöne Zeit!

AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

GdP-Bezirksgruppe Offenburg gratuliert zum 90. Geburtstag

Am 14. 4. 2016 wurde unser Mitglied, Frau Magareta Nähring, 90 Jahre alt. Der stellv. Bezirksvorsitzende Andreas Heck-Erb gratulierte der Jubilarin persönlich und übergab ihr im Namen der BG Offenburg einen Blumenstrauß sowie ein Weinpräsent.

Frau Nähring war sichtlich erfreut über diesen Besuch und die Wertschätzung seitens der GdP.

Frau Nähring erzählte, dass sie die Mitgliedschaft von ihrem, bereits vor mehreren Jahren verstorbenen Ehemann, welcher seinen Dienst in Nordrhein-Westfalen verrichtete, damals gerne übernahm. Weiterhin sagte sie Andreas Heck-Erb gegenüber, dass ihr Mann kurz vor seinem Tod ihr sagte, dass sie alles künftigen könne, außer die Mitgliedschaft der Gewerkschaft der Polizei, da sie von dort aus immer Hilfe erwarten kann.

Eine Aussage, auf die die Gewerkschaft der Polizei stolz sein kann!!!



Seniorenstammtisch der GdP-Bezirksgruppe Stuttgart

Der Seniorenstammtisch der Bezirksgruppe PP Stuttgart trifft sich am

Donnerstag, 23. 6. 2016, ab 14 Uhr auf dem Gelände des Ski-Club Weilimdorf Stuttgart-Weilimdorf, Schützenhausweg 35 Telefon 0 71 56-2 27 99 (Walter Burkart),

zu einer Grill-Hocketse.

Das eigene Grillgut bitte mitbringen. Was sonst noch benötigt wird, steht zur Verfügung. Salate sind gern gesehen. Sollte das Wetter nicht gerade vorteilhaft sein, wäre das kein Problem.

Von der Haltestelle Landauer Straße (U6 und U13) sind es zum Ski-Club ca. 600 m. Parkmöglichkeiten gibt es in der Kaiserslauterer Straße gegenüber dem Ski-Club.

W. B.



Fehlerteufel

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer arbeitet macht bekanntlich Fehler. So schleicht sich auch in manchen Druckerzeugnissen (nicht nur bei uns) der Fehlerteufel ein. So haben wir z. B. in unserer letzten Ausgabe den Namen unseres verstorbenen Ehrenvorsitzenden leider falsch geschrieben. Wir sind aber froh, dass es aufmerksame Menschen gibt, die uns immer wieder auf unsere Fehler hinweisen.

Eure Deutsche-Polizei-Redaktion

AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

Jahreshauptversammlung der GdP-Bezirksgruppe Stuttgart

Die Bezirksgruppe des Polizeipräsidiums Stuttgart lädt ihre Mitglieder zur Jahreshauptversammlung 2016 ein.

Die JHV findet am Mittwoch, dem 6. 7. 2016, um 13.30 Uhr im Restaurant „Haus am See“, Mühlhäuser Straße 311, 70378 Stuttgart-Mühlhausen, statt.

Der Polizeipräsident Franz Lutz und unser Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner wurden ebenfalls eingeladen. Anträge zur Tagesordnung werden bis zum 4. 7. 2016 schriftlich an die Geschäftsstelle erbeten.

*Mit kollegialen Grüßen
Peter Scherer*



Und was sonst noch so war

Unter dieser Überschrift berichten wir über unsere tägliche Arbeit, Aktionen und Termine, die es nicht in die „Schlagzeilen“ der Digital oder der Deutschen Polizei geschafft haben, aber trotzdem erwähnenswert sind.

4. 4. 2016: Sitzung des Landeskontrollausschusses, der die Arbeit der Gremien überwacht und dem der Landesvorsitzende Rede und Antwort stehen muss.

8. 4. 2016: Die stellvertretende Landesvorsitzenden Wolfgang Kircher und Hans-Jürgen Kirstein bringen sich im SPD-Polizeibeirat ein.

11. 4. 2016: Gespräch des GdP-Landesvorsitzenden mit Journalisten – sogenannte Hintergrundgespräche.

14. 4. 2016: Rüdiger Seidenspinner besucht mit dem Freiburger Bezirksgruppenvorsitzenden Roland Nussbaumer die Baustelle in Umkirch bei Freiburg, in die u. a. zwei Züge des PP Einsatz und die Polizeihundeführer des PP Freiburg einziehen sollen. Was da zu sehen war, war unbeschreiblich.

14. 4. 2016: Sitzung des DGB-Koordinierungskreises Beamtenrecht findet unter Beteiligung von Hans-Jürgen Kirstein statt.

15. 4. 2016: Telefonliveinterview des SWR mit dem Landesvorsitzenden.

16. 4. 2016: Polizeifest in der Metzinger Stadthalle, der Landesvorsitzende war vor Ort.

18. 4. 2016: Die Arbeitsgruppe AfD des DGB-Landesbezirks tagt zum ersten Mal, die GdP ist dort durch den stellv. GdP Landesvorsitzenden Wolfgang Kircher vertreten.

19. 4. 2016: Klausurtagung des DGB-Landesbezirksvorstand. Wolfgang Kircher war dort.

19. 4. 2016: Diskussion bei der BDT-Tagung in Mannheim; Der BDT ist der Bundesverband deutscher

Discotheken und Tanzbetriebe; es ist der spezielle Berufsverband der Discothekenunternehmer und Clubbetreiber. Hauptthema waren die Flüchtlinge. Rüdiger Seidenspinner war dort.

22. 4. 2016: Vereidigung in Lahr mit guten Reden; besonders beeindruckend sind immer die Reden der Kolleginnen und Kollegen. In Lahr war aber auch die Rede des Polizeiseelsorgers Bernhard Metz beeindruckend, der jedem der jungen Kolleginnen und Kollegen einen Kompass geschenkt hat, damit sie, im Gegensatz zu einem Navigationsgerät, von dem sie gesagt bekommen, wie sie fahren sollen, immer wieder selbst ihre Richtung überlegen müssen.

25. 4. 2016: Erneuter Besuch in Umkirch, aber dieses Mal mit Hans Georg Gloiber und Uli Decker vom PP PTLs, in deren Zuständigkeit die Einrichtungen gehören. Hier gehen die Arbeiten zügig voran, aber die Beschäftigten müssen auf der Baustelle arbeiten.

26. – 27. 4. 2016: Sitzung des Bundesfachausschusses Schutzpolizei in Berlin; Hautthema waren der Taeser, wozu eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde, und die persönliche Schutzausstattung; hierbei war festzustellen, dass wir BW ganz weit vorne sind; es ist auch mal schön auf den vorderen Plätzen zu sein.

28. 4. 2016: Der Innenminister hat zur Amtseinführung des neuen Polizeipräsidenten Roland Eisele beim PP Aalen eingeladen. Die GdP war durch Wolfgang Kircher vertreten.

29. 4. 2016: GdP nimmt, vertreten durch Hans-Jürgen Kirstein, an der Vereidigung in Biberach teil.

30. 4. 2016: DGB-Kundgebung gegen die AfD und Einweihung des renovierten Gewerkschaftshauses in der Willy-Bleicher-Straße. Für die GdP war das Landesvorstandmitglied und Vors. der Bezirksgruppe Stuttgart, Peter Scherer der vor Ort.

